

# Gegen die Reichsfinanzreform

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Der Friede : Monatsschrift für Friedens- und Schiedsgerichtsbewegung**

Band (Jahr): - **(1909)**

Heft 7-8

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-802808>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

so könnte man diesen Schlussworten ja gewiss beipflichten; aber man war sich im Haag darüber vollkommen einig, dass diese schwerwiegenden Fälle der Schiedssprechung zurzeit nicht zu unterwerfen seien. Und dass die oben angeführten paar harmlosen obligatorischen Fälle nicht so schwerwiegender Natur waren, um derartige Befürchtungen zu erwecken, wird im Grunde eigentlich wohl niemand bezweifeln. Gegen was will man also mit diesem Schlussworte eigentlich ankämpfen?

Erfreulicher als diese durch die Sachlage keineswegs gebotene Abwehr hätte am Abschlusse der Botschaft zweifellos eine positive Erklärung zugunsten des obligatorischen Prinzips gewirkt, wie sie in der Haager Schlussakte enthalten ist. Denn bei den Werken des Fortschrittes wollen wir in der Schweiz ja in Wirklichkeit in keiner Weise hintanstehen! Auf die demokratischen Länder vor allem sind heute die Augen der Welt in allen Sachen des Fortschrittes gerichtet. Es gilt als eine Grundwahrheit, dass mit wachsender Demokratisierung der Staatenwelt die Tendenz zur Regelung der Streitigkeiten im Schiedsgerichtswege wachse. Sollen wir in der Demokratie par excellence dieses Axiom etwa Lügen strafen? Sicherlich nicht! Zum Fortschritte gehört aber nicht nur der politische Fortschritt, sondern nicht minder der Fortschritt auf dem Gebiete des Rechtes, der eine wesentliche Vorbedingung für alle kulturelle Entwicklung ist, und den wir daher nicht minder auf unser Banner schreiben müssen. Die Weiterentwicklung des Völkerrechtes insbesondere ist aber undenkbar ohne Fortschritte in der internationalen Rechtsprechung.

—o—

### Kundgebung gegen die Flottenrüstungen.

Im Alexandra-Palast in London fand jüngst eine grosse Kundgebung der Sozialisten- und Arbeiterverbände Nord-Londons gegen das Flottenprogramm der Regierung statt. Die gewaltige Halle des Alexandra-Palastes war dicht besetzt, und die Anwesenden unterstützten mit Enthusiasmus den Vorschlag, dass die Arbeiter Englands und Deutschlands gemeinsam für die Einschränkung von Kriegsrüstungen eintreten sollten. Der Abgeordnete Keir Hardie erklärte, Deutschland baue, weil England sich geweigert habe, auf der Haager Konferenz den Antrag, die Handelsflotten für den Kriegsfall unangreifbar zu machen, zu unterstützen. Deutschland habe einen grossen Ueberseehandel zu beschützen, und man könne ihm nicht verargen, dass es zu diesem Zwecke eine grosse Flotte baue. Die Arbeiterpartei Englands und die Arbeiter Deutschlands hätten dafür zu sorgen, dass zwischen den beiden Nationen keine Missstimmung erwachse. Die Arbeiter Englands würden den deutschen Arbeitern die Hand reichen und sie einladen zur gemeinsamen Bekämpfung dieses wahnsinnigen Verarmungsspieles. Der bekannte sozialistische Geistliche Campbell erklärte, man habe gehofft, dass der Besuch des Königs Edward und der in Deutschland so deutlich zutage tretene gute Wille des deutschen Volkes zu einem besseren Verständnis führen würden. Statt dessen sehe man den Himmel wieder von Kriegswolken verschleiert. Die zivilisierten Nationen schleppten sich mühsam fort unter der Last der Rüstungen. Mehr als zwei Drittel der englischen Staatseinnahmen würden für Rüstungszwecke verwendet. Die Arbeiter verschiedener Länder fühlten sich den Arbeitern anderer Länder näher verwandt als den Wohlhabenden des eigenen Landes. Ein wahrer Sozialist stelle sein internationales Gewissen neben den Patriotismus. Er

wolle damit sagen, dass die Männer, die für Humanität und Besserung des Geschickes der Menschheit eintreten, sich schliesslich als die besten Freunde des eigenen Landes erweisen würden.

—o—

### Gegen die Reichsfinanzreform.

Die Deutsche Friedensgesellschaft entwickelt fortwährend eine erfreuliche praktische Tätigkeit. Kürzlich hat sie ein Flugblatt gegen die geplante Reichsfinanzreform herausgegeben. Die Reichsregierung verlangt nämlich 500 Millionen Mark neue Steuern. Demgegenüber sagt dieses Flugblatt unter anderem:

„Wir bitten demnach die Herren Reichstagsabgeordneten, die geplante Finanzreform jedenfalls dermalen abzulehnen, da noch gar nicht genügend klargestellt ist, dass so grosse Beträge erforderlich sind. Bis jetzt ist fast jede derartige Bewilligung sehr nachteilig für das deutsche Volk ausgefallen und der Ertrag fast nur für Militär, Marine und Rüstungsausgaben verwendet worden. Schon im Jahre 1897 haben diese den enormen Betrag von a) 585 Millionen für das Reichsheer, b) 117 Millionen für die Marine, c) 58 Millionen für Reichspensionen, zusammen 760 Millionen betragen, und sind nun bei a) auf 774, b) 301, c) 115, zusammen auf 1190 oder in diesen 11 Jahren um 430 Millionen gestiegen und so ist neben der drückenden Steuervermehrung auch noch eine sehr grosse, vorwiegend unproduktive Reichsschuld entstanden.

Ein Krieg unter den europäischen grossen Kulturstaaten ist nun fast ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Mehr wie 34 Millionen unserer Bevölkerung müssen nun von Industrie, Handel und Verkehr leben, für welche die ungestörte, nur im Frieden mögliche Zufuhr von Nahrungsmitteln und Rohstoffen und der nur im Frieden ausreichende Export der Fabrikate nach der ganzen Welt absolutes Bedürfnis geworden ist. Ein Krieg, der diese Erwerbsmöglichkeiten nicht nur uns entziehen, sondern auch noch mit unermesslichen Opfern an Gut und Blut bedrängen würde, müsste uns in eine furchtbare Lage der Verarmung bringen; er würde uns mit einer Revolution seitens der notleidenden Massen und dem Zusammenbruch aller Verhältnisse bedrohen.

Aehnlich sind auch die Zustände in England, wo Hunderttausende von Menschen keine lohnende Arbeit finden können, weil die Unternehmungslust anlässlich des erwähnten politischen Misstrauens und der Rüstungslasten keinen Aufschwung nehmen kann. Auch Frankreich bedarf dringend der Ruhe, die Arbeiter, Bauern, ebenso auch der Bürgerstand sind in ihrer grossen Mehrheit jedem schweren europäischen Kriege abgeneigt und wissen diesem ihrem Willen nun auch Geltung zu verschaffen. Es ist kein Napoleon oder Ludwig mehr dort, der Kriege auch gegen ihren Willen hervorrufen könnte. Auch Oesterreich und Italien bedürfen zur Heilung mannigfacher Wunden des Friedens und noch mehr ist dies nun bei Russland der Fall.

Unter solchen Umständen müssen nun aber auch die Konsequenzen von all dem gezogen werden. Eine gegenseitige Verständigung zur Verminderung der Militär- und Marine-Ausgaben ist ein dringendes Bedürfnis geworden und die sofortige Erfüllung nun auch ohne Verzug und in ihren Anfängen jedenfalls noch in diesem Jahre möglich, wenn gleich die bedeutende und fortschreitende Verminderung der Ausgaben noch mehrere Jahre erfordern würde.

Wir stellen daher an die Herren Reichstagsabgeordneten die dringende Bitte, nicht nur auf jene Steuer-

reform jetzt nicht einzugehen, sondern die deutsche Reichsregierung zu veranlassen, sofort für jene allgemeine Abrüstungskonferenz die erforderliche Einladung an die anderen Mächte ergehen zu lassen. Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg. Wir bitten alle Staatsmänner in Deutschland und überhaupt alle, welche es wohl mit unserer Nation meinen, in diesem Sinne aufzutreten und bitten nicht minder alle Freunde des Friedens in ganz Europa, ihren Einfluss je auf die betreffenden Regierungen und Parlamente in diesem Sinne zur Geltung zu bringen. Wenn die Heere und Marinen durch diese Vereinbarung je auf die Hälfte reduziert werden, so sind sie für alle erforderlichen Zwecke noch mehr wie gross genug. Möge die Welt endlich von diesem Alp befreit und damit Kraft für die Bewältigung weiterer grosser Kulturaufgaben gewonnen werden.

Alle, die an dem Werk mithelfen, werden sich dadurch den Segen von Millionen Menschen aller Nationen erwerben.“

—o—

### „Da hat niemand dreinzureden.“

Bertha von Suttner schreibt in der „Friedens-Warte“:

Im Augenblick, wo dieses geschrieben wird, besteht die noch übrige Zweifelsfrage aus den Balkanwirren darin, ob die serbischen Angelegenheiten als eine europäische Frage behandelt werden sollen, ob über die Wünsche Serbiens durch die Vermittlung Europas oder direkt durch Oesterreich-Ungarn verhandelt werden soll; — ob doch eine Konferenz einberufen werde oder nicht. Oesterreich-Ungarn zeigt grossen Widerwillen gegen europäische Einmischung in die schwebenden Handelsvorteilsfragen, die es Serbien eventuell gewähren wollte. Graf Tisza sprach im ungarischen Parlament den Satz: „In diese Dinge darf uns niemand hineinreden.“ Und die Wiener offiziellen Zeitungen stellten diesen Satz als Leitmotiv ihrer Erörterungen hin. Darauf schickte der österreichische Friedensverein nachstehende Zuschrift an die „Neue Freie Presse“, wo sie im Abendblatt des 5. März im politischen Teile erschienen ist:

„Im Namen der auf der ganzen Welt verbreiteten Millionen von Friedensanhängern wagt es der hiesige Friedensverein, sich zum Sprachrohr der Gefühle zu machen, die im gegenwärtigen entscheidenden Augenblick alle Gesinnungsgenossen erfüllen. Der Ausbruch des Krieges, der Europa in Brand stecken würde, muss verhindert werden. Daran arbeitet nun seit Monaten die europäische Diplomatie, das europäische Gewissen, der „europäische Patriotismus“. Es ist dies eine neue Erscheinung in der Evolution des Staatenverkehrs. Durch solches Kollektivhandeln zum Schutze des Friedens können alle Konflikte unter Schonung von Recht und Ehre geebnet werden, während die direkte Verhandlung zwischen zwei schon kriegsbereiten Nachbarstaaten, wovon der eine in unerhörter Weise provoziert worden, der andere von Kampf-fanatismus durchfiebert ist, leicht zum gänzlichen Bruch führen kann. Und dann nähme das Verhängnis seinen Lauf, dann kommen die Chauvinisten aller Länder wieder an die Oberfläche, und der neue Geist, der ein einiges, in friedlicher Arbeit sich entwickelndes Europa schaffen will, würde wieder zurückgedrängt. Die Pazifisten protestieren gegen das trotzige Wort: „Da hat niemand dreinzureden“, wenn dieses Dreinreden doch den Zweck hat, das unberechenbarste Unglück abzuwehren. Die neue Zeit will neue Methoden, und der schicksalsschwere Augenblick erheischt das Verlassen alter Geleise, erheischt

die Zusammenarbeit aller im Geiste der Versöhnlichkeit, der Grossmut und des entschlossenen Friedenswillens.“

—o—

### Schweizerischer Friedensverein.

**Mitteilung des Zentralvorstandes.** Den üblichen Jahresbeitrag der Sektionen an die Zentralkasse wolle man gefl. an Hrn. J. Lang, Kapellgasse 16 in Luzern, adressieren.

**Luzern.** Der hiesigen Sektion ist von einem ungenannt sein wollenden Mitgliede ein Geschenk von Fr. 50 zugegangen mit der Bestimmung, dasselbe zinstragend anzulegen und nach dem Hinscheide den jährlichen Zins als Mitgliedsbeitrag zu verwenden.

**Luzern.** Herr Dr. Franz Heinemann hielt hier am 5. April in der Aula des Kantonsschulgebäudes im Auftrage des Friedensvereins einen wohlbesuchten Vortrag über das Thema „Menschenverbrauch und Menschenverachtung im Kriege“. Es waren sozusagen blutriefende Ausschnitte aus dem Kolossalgebäude „Der Krieg“, Betrachtungen über die Menschenverachtung in den neueren und neuesten Kriegen, über das traurige Los der Verwundeten usw., und der Vortragende erhärtete sie durch die Berichte akkreditierter Zeugen aus französischen Feldzügen, insbesondere aber aus dem russisch-japanischen Kriege. So erschütternd diese Beispiele über die Behandlung und den Transport der Verwundeten und über das traurige Los der Krüppel nach dem Kriege wirkten, die gewaltigen Zahlen über den Menschenverbrauch sprachen nicht weniger eindringlich. Sind doch in den zehn Jahren, da Napoleon als Kaiser der Franzosen über Frankreich herrschte, in den von ihm geführten Feldzügen drei Millionen französische Soldaten zugrunde gegangen. Und aus dem Eisenhalt des Blutes dieser gefallenen französischen Bürger hätten sich — ein Statistiker hat das „sehr schön“ ausgerechnet! — zehntausend und einige hundert neue Kriegssäbel erstellen lassen! Grauenhaft wie diese Statistik waren die Beispiele von der Ertränkung der 4000 Chinesen von Blagowjeschtschensk und jene aus den Kämpfen um Port Arthur.

Der Luzerner Friedensverein darf von der Wirkung dieses Vortrages, zu dem Herr Dr. F. Heinemann mit Fleiss und Geschick Material, Berichte glaubwürdiger Zeugen zusammentrug, aus denen sich beinahe das Gruseln lernen liesse, befriedigt sein.

—o—

### Verschiedenes.

**Oesterreichs Bereitschaftskosten.** Der Stand der in Bosnien Ende März aufgestellten österreichischen Truppen betrug 97 Bataillone Infanterie und Jägertruppen, das Bataillon zu 1000 Mann. Da ein Armeekorps durchschnittlich 30 Bataillone zählt, sind das etwa 3 Armeekorps. Diese Bereitschaft kostete allein fast 400,000 Kronen täglich, wozu noch 50,000 Kronen täglich für die Versorgung der Familien der einberufenen Reservisten kommen. Dazu kommen noch die Verkehrswagen für Munitions- und Verpflegungsnachschübe, so dass Oesterreich jeden Tag, den es der diplomatischen Aktion der Westmächte noch einräumte, sehr teuer bezahlen musste. In Semlin besitzt Oesterreich eine von den Skodawerken hergestellte 24pfündige Mörserbatterie, deren Geschosse bis auf sechs Kilometer wirksam sind. 22,000 Kilo Ekrasit sind dort aufgestapelt. Man erklärt, Belgrad von Semlin aus binnen 36 Stunden in einen rauchenden Trümmerhaufen verwandeln zu können.